

Truth and Consequences

Vorbemerkung

Ich will mir nicht vorstellen, wie viele Monate meines Lebens ich in Flugzeugen in Richtung USA und dann wieder zurück gesessen bin. Durch mehr als 40 Jahre, lange Zeiten hindurch beschäftigt in National Laboratories oder Universitäten. Seit 17 Jahren bin ich sogar „teilbeheimatet“ in New York. Der 5. November war ein Schock für mich: war es die Implosion des politischen Systems oder tatsächlich der Wunsch nach einer „halbfaschistischen“ Gesellschaftsordnung? Noch nie zuvor – immerhin habe ich von Nixon bis Biden einige Präsidenten erlebt – habe ich derart ordinäre Pöbeleien, offensichtliche Lügen und einen kaum zu bremsenden Ausbruch an Hass, Neid und Bereitschaft zu gewalttätigem Handeln in einem Wahlkampf registriert.

Das Ende einer politischen Periode

Eine „**westliche Welt**“ demokratischer Staaten, eine vielleicht ohnehin nur mühsam aufrecht erhaltene Illusion, ist am 5. November 2024 endgültig zerbrochen. Damit endet eine lange Periode politischen Einverständnisses und ist, historisch gesehen, durchaus von gleicher Bedeutung wie der Zerfall der Sowjetunion. Demokratische Prinzipien als Konsens für eine Gesellschaft sind in Zukunft nicht mehr selbstverständlich.

„**Buddy-Politik**“ statt **Diplomatie**

Es ist leider zu erwarten, dass die amerikanische Außenpolitik durch eine „Buddy-Politik“ ersetzt wird, die eine Respektierung von Internationalen Gesetzen bloß bei Bedarf impliziert. Die Souveränität von Staaten verliert damit an Bedeutung, sie wird Teil des Austausches von Freundlichkeiten. Bereits gegebene Garantien oder geltende Sanktionen unterliegen dem Prinzip der nationalen Nützlichkeit. Für die Ukraine (und vielleicht Taiwan) ist ein erzwungener Friedensschluss zu Gunsten des Aggressors durchaus vorstellbar. Weitere Konflikte mit nunmehr unabhängigen Teilen der ehemaligen Sowjetunion fallen ebenfalls unter freundliches Ignorieren. Es ist auch durchaus vorstellbar, dass demnächst Westjordanien als ein Teil des Staates Israel offiziell anerkannt wird.

Demokratie am Ende?

Obwohl schon seit einiger Zeit beobachtbar, ist eine **unabhängige Justiz** in den USA in den kommenden Jahren nicht mehr garantiert. Die zu erwartende Ernennung weiterer erzkonservativer Richter am Obersten Gericht (Supreme Court) wird eine politisch vorgegebene Rechtsprechung für Jahre einzementieren, die Ernennung von parteilichen Bundesrichtern verstärkt darüber hinaus diese Entwicklung. Es ist zu erwarten, dass massiver Druck auf verbliebene „Unabhängige“ für eine „Säuberung“ der Justiz sorgen wird.

Die **Pressefreiheit** ist bereits jetzt mit wenigen Ausnahmen auf die Freiheit der Medieninhaber, ihre Interessen durchzusetzen, reduziert. Wie in ähnlichen Regimen ist kritischer Journalismus unerwünscht, Falschmeldungen bestimmen eine faktenbefreite Realität, eine Realität, die vom „Regime“ vorgegeben wird. Nicht angepasste Medien werden als „innerer Feind“ klassifiziert und als solche bekämpft.

Eine Orwellsche **Gleichheitsidee** sorgt vermutlich demnächst für eine Unterteilungen von Menschen bezüglich ihrer „Wertigkeit“. Mit von „bevorzugt“ bis „minderwertig“ und „unerwünscht“ steht dazu eine feine Skala von Vorurteilen zur Verfügung. Verbunden mit dieser Skala ist eine teilweise Einschränkung oder Aufhebung von demokratischen Rechten (das Wahlrecht als Systemidentifikation). Porto Rico, z.B., ist bloß ein „Außengebiet“ der USA. Die rund 3,3 Mio Einwohner sind amerikanische Staatsbürger ohne Wahlrecht.

Eine drastische Reduktion des **Rechts von Frauen über ihren Körper zu bestimmen** ist zu erwarten. Die militanten religiösen Institutionen werden sich durchsetzen. Sie haben ihr Ziel schon fast erreicht.

Das Ende einer geopolitischen Struktur

Eine Abdichtung mittels hoher Importzölle insbesondere gegenüber China, der EU und den Nachbarn Mexiko und Kanada entspricht einer längerfristigen Abmeldung der USA als wichtigster „Player“ in der internationalen Wirtschaft. Ein sich abzeichnender Handelskrieg mit den betroffenen Ländern wird zu einer Neustrukturierung des Welthandels und damit von neuen Beziehungen führen, an der die USA nicht Teil sein wird. Zwar wird kurzfristig die Wirtschaft in China und in der EU (durch vermehrten Importdruck) beeinträchtigt, doch längerfristig zeichnet sich eine „chinazentrische“ Weltordnung ab.

Die anfänglichen Gewinne aus dem Abdichten werden sehr bald von Nachteilen aufgehoben sein. Die veraltete oder zum Teil nichtexistierende Infrastruktur (tonnenschwere elektrische Kabel, zu Dutzend auf Telefonmasten montiert) in den USA ist ein Hemmschuh in einem Handelskrieg mit China und der EU, genauso wie ausbleibende Rohstoffe. Vor allem Seltenen Erden (chinesisches Monopol), sowie Lithium, Nickel und Cobalt, die in der Elektronikindustrie besonders wichtig sind, werden rasch fehlen. Ein erhöhter Dollarkurs und fehlende internationale Normen für amerikanische landwirtschaftliche Produkte werden darüber hinaus sich bald als Nachteil erweisen. Ein Handelskrieg bedeutet nicht, dass bloß Zoll auf chinesisches Plastikspielzeug und Ähnliches eingehoben wird.

Die geplante Ausrichtung der **Energiepolitik** auf fossile Rohstoffe widerspricht übrigens der Tatsache, dass bereits jetzt erneuerbare Energien billiger sind als auf fossile Rohstoffe basierende und diese damit zunehmend nicht mehr konkurrenzfähig sein werden. Übrig bleibt ein „rust belt“ an zerstörter Umwelt, ein durch „frecking“ löchrig gewordener Bodenuntergrund.

Eine „tiefgefrorene“ Gesellschaft schmilzt durch Entsolidarisierung

Jahrzehntelang war die amerikanische Gesellschaft tiefgefroren, es haben keine grundlegenden Veränderungen stattgefunden. Es wurde weder die Verfassung zeitgemäßen Bedingungen angepasst, noch gab es Konzepte für eine Gesundheitspolitik (trotz „Obamacare“) oder eine Bildungspolitik jenseits von lokalen oder privaten Interessen. Banken sind im internationalen Vergleich eher „altmodisch“ organisiert (man kann noch immer mit Schecks zahlen), dafür blüht das Kreditkartengeschäft, da merkwürdige Kreditrahmen für hinreichende Profite sorgen. Es scheint, als ob sich selbst die Alltagsästhetik kaum geändert hat, eine vom Wohnort unabhängige generelle Uniformierung hat stattgefunden.

Die starre soziale Strukturierung wird sich bald auflösen. Einschränkungen von Arbeitsrechten werden das Einkommen von „weißen Arbeitern“ genauso wie von Beschäftigten mit höherem Bildungsniveau zunehmend beschränken.

Der rechtliche Status von Bundesbeamten wird vermutlich geändert werden, dermaßen, dass sie jederzeit gekündigt und durch Systemsymphisanten ersetzt werden können. Die Folge davon wäre ein organisatorisches Chaos, verursacht durch Deregulierung auf kleinste Einheiten. Der Staat löst sich langsam auf.

Eine zweite „goldene Zeit“ für „Robber barons“, in der der Reststaat den Wünschen von einigen Unternehmern untergeordnet ist, zeichnet sich ab.

Entwissenschaftlichung & Kehrtwendung für Umwelt-normen

Man soll keine Illusionen über den Wert von Colleges und Universitäten in der amerikanischen Gesellschaft haben. Eine Entwissenschaftlichung („Antiaufklärung“) in der Öffentlichkeit hat bereits stattgefunden. Der Austritt aus dem Pariser Klimaabkommen und die Abschaffung von geltenden Umweltbestimmungen stehen unmittelbar davor. Dazu gehört die Verkleinerung von Naturparks, um dort Erdölbohrungen und Bergbau zu ermöglichen. Angestammte Rechte in Indianerreservaten können durch endlose Rechtsprozesse ausgehebelt werden. Die Umwelt- und Klimabehörde verliert ihre regulierende Bedeutung, die Gesundheitspolitik wird zum Spielplatz von Verschwörungstheoretikern und Wissenschaftsfeinden.

Die kaum noch zu einem Staat Vereinigten Staaten

Zum Schluss muss noch die Frage gestellt werden, ob es in Zukunft noch die Vereinigte Staaten als Gemeinschaft geben wird, da die politische Interessenslage der einzelnen Bundesstaaten massiv divergiert. Die Ostküstenstaaten z.B. vertreten mehr als ein Drittel der amerikanischen Bevölkerung (rund 115 Millionen), die Westküstenstaaten mehr als 55 Millionen. Macht ein Bündnis der Ost- & Westküstenstaaten mit den restlichen Staaten überhaupt noch Sinn?

Nachbemerkung: „Truth and Consequences“ ist übrigens der Name einer Stadt in New Mexico.